



**DER AUTOR**

**Dr. Gerd Landsberg**

ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der Kommunalen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in Deutschland und Europa. Über seine Mitgliedsverbände repräsentiert er rund 11.000 Kommunen in Deutschland.

**Mitgliedsverbände**

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Saarländischer Städte- und Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt
- Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

**STATEMENT ZUR SICHERHEIT IN KOMMUNEN**

## Sicherheitsgefühl der Bürger nimmt ab – Auseinanderfallen der Gesellschaft verhindern

Deutschland ist, gemessen an den Zahlen der Kriminalstatistik, eines der sichersten Länder der Welt. Trotzdem erschüttern Übergriffe und extremistische Anschläge, sowie Gewaltausbrüche in den Innenstädten bis hin zu den zentralen Plätzen unserer Demokratie, wie dem Reichstagsgebäude, und tatsächliche oder als solche wahrgenommene „No-Go-Areas“ das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Hass, Zwietracht und Ablehnung des Staates richten sich zunehmend auch gezielt gegen Polizei- und Rettungskräfte sowie Kommunalpolitiker\*innen, die vor Ort als Repräsentanten des Staates wahrgenommen werden. Obwohl Bund und Länder vielfältige Ansätze

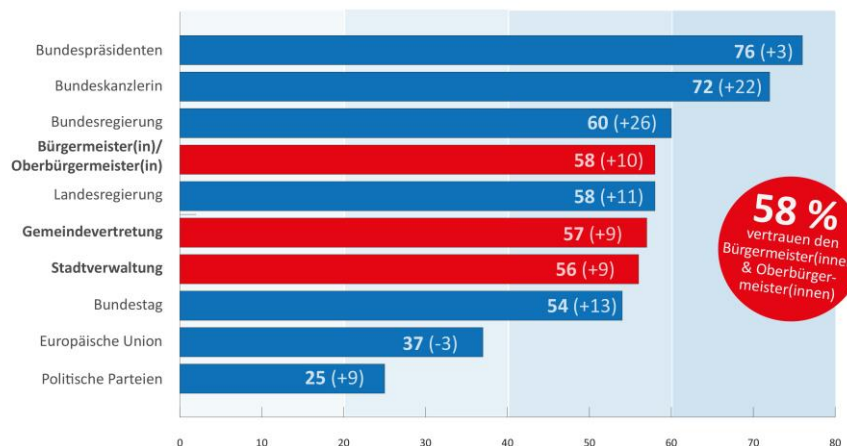
entwickelt haben, um diese Entwicklungen zu stoppen, sind die wünschenswerten Erfolge bisher nicht eingetreten. Der Trend zur Respektlosigkeit gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten, aber auch gegenüber Mitmenschen und deren Eigentum setzt sich in den letzten Jahren schleichend fort.

Die Tendenzen, sich insbesondere im Internet und in den Sozialen Medien als Echokammern für Hetze, Verschwörungstheorien und nationalistische und rechtsextreme Weltanschauungen zu radikalisieren, wachsen. Die steigende Zahl extremistischer und antisemitischer Straftaten sowie die Anschläge in Halle (Saale), Landsberg, Hanau und

**VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN MAI 2020** Angaben in %



Es haben großes Vertrauen zu/zur/zum



Quelle: forsa. 2020; Grafik DSTGB 2020



**DSTGB**  
Deutscher Städte- und Gemeindebund

# Position

in Dresden zeigen, wie dringend die Bekämpfung des Extremismus, Antisemitismus und Rassismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in den Fokus rücken muss. Das Vertrauen der Menschen in den Staat, insbesondere in die Polizei und die Kommunalpolitik, ist laut einer aktuellen Forsa-Umfrage sehr hoch. Dennoch ist mit Sorge zu betrachten, dass die Staats- und Politikverdrossenheit eines Teils der Bevölkerung steigt und zunehmend in Aggression und teilweise Hass umschlägt. Es besteht daher ein massiver Handlungsdruck, um das Vertrauen in den Staat wieder zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Dazu gehört insbesondere die Durchsetzung von Regelungen im öffentlichen Raum.

## Sicherheit als Standortfaktor

Für die Kommunen ist und bleibt Sicherheit ein Standortfaktor. Sowohl die Menschen als auch die Unternehmen fühlen sich dort wohl, wo es geordnete und sichere Verhältnisse gibt. Fremdenfeindliche Ausschreitungen schrecken beispielsweise ausländische Investoren ab. Verwahrlost anmutende Stadtviertel, „Angsträume“ oder „No-Go-Areas“ laden nicht unbedingt dazu ein, dass Menschen dort in Wohnungen ziehen oder Häuser bauen. Vielmehr verschärft sich die Situation in solchen Vierteln noch und es können soziale Brennpunkte entstehen.

Notwendig ist daher, die bewährten Sicherheitskooperationen von kommunalen Ordnungsbehörden und der Polizei zu intensivieren.

Dabei sollte auch die lokale Wirtschaft eingebunden werden, da Sicherheitskonzepte in der lebendigen Kommune mit ihren jeweiligen Eigenheiten Anwendung finden müssen. Notwendig wird es zukünftig sein, auch die Polizei bei der Neu- und Umgestaltung von Plätzen und Quartieren einzubinden, damit auch die städtebauliche Kriminalprävention verstärkte

Berücksichtigung finden kann.

## Mehr Personal für Sicherheitsbehörden

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist auch eine Frage der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Polizei und Ordnungsbehörden sind bei weitem nicht so prä-

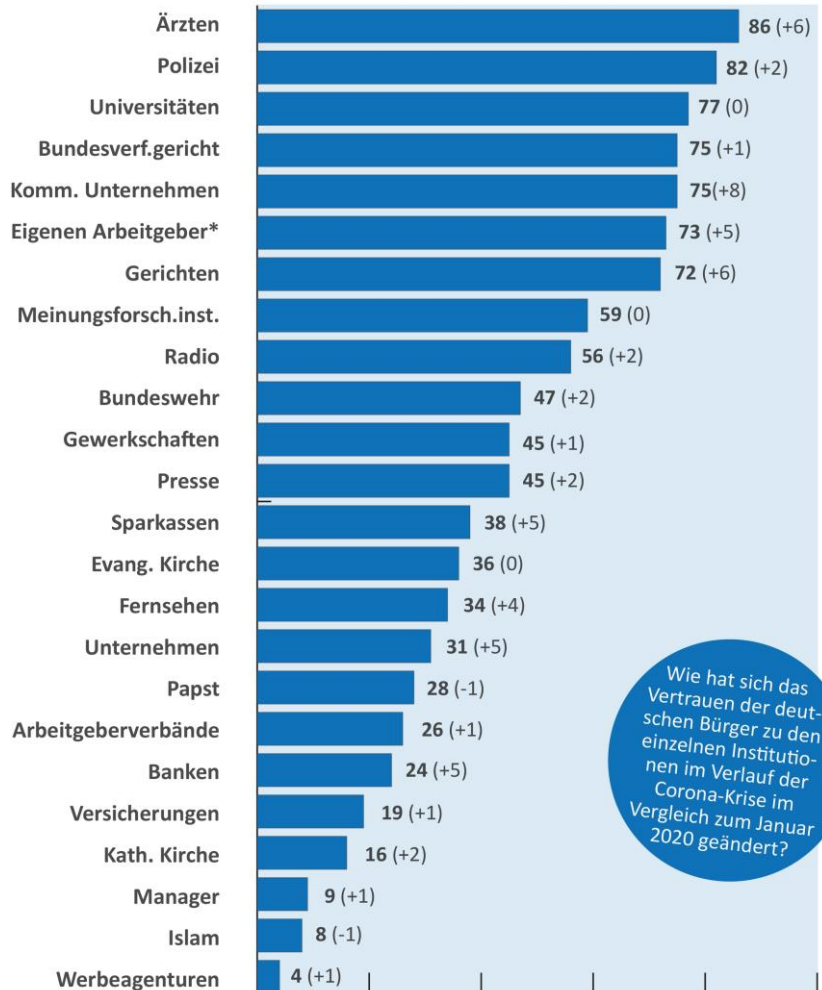
## CORONA: VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN



**DSTGB**  
Deutscher Städte- und Gemeindebund

### Es haben großes Vertrauen zu/zur/zum)

( ) = Vergleich zu 01/2020



Wie hat sich das Vertrauen der deutschen Bürger zu den einzelnen Institutionen im Verlauf der Corona-Krise im Vergleich zum Januar 2020 geändert?

\* Basis: abhängig Beschäftigte | Angaben in Prozent

Datenbasis: 4.023 Befragte (5. bis 14. Mai 2020); Quelle: forsa. 2020; Grafik DSTGB 2020



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Position

sent, wie es sich die Bürger, aber auch die Beamten selbst, wünschen würden. In Bezug auf den Personalabbau bei der Polizei hat in den meisten Bundesländern ein Umdenken eingesetzt. Zumindest der aktuelle Personalstand soll erhalten bleiben oder es sollen mehr Stellen geschaffen werden. Der Trend zum Personalabbau ist zunächst gestoppt. Notwendig, um gerade das Sicherheitsgefühl in den Kommunen zu verbessern, ist die Aufstockung der Polizeikräfte bei den Ländern. Wichtig ist, dass die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit erhöht und für Bürgerinnen und Bürger sichtbar wird.

Wenn zum Beispiel mehr Bundespolizisten an Bahnhöfen eingesetzt werden, schafft dies an zentralen Orten in den größeren Städten mehr Sicherheit. Im Jahr 2018 ist ein Rückgang der Taschendiebstähle um 20 Prozent zu verzeichnen, was auch auf verstärkte Präsenz der Polizei an den zentralen Orten zurückgeführt werden kann. Entlastung für die Sicherheitsbehörden der Länder und die Ordnungsbehörden der Kommunen kann es teilweise durch die private Sicherheitswirtschaft geben, die wichtige unterstützende Aufgaben im öffentlichen Raum übernommen hat. Hier gilt es in Zukunft, die Regelungen und Anforderungen derart zu gestalten, dass Qualität bei Einsatz und Ausbildung gesichert werden.

## Handlungsoptionen erweitern – Videoüberwachung ausbauen

Jenseits der Sichtbarkeit von Polizisten und Ordnungskräften im öffentlichen Raum braucht es zum

einen den Ausbau und die Ausweitung von Videoüberwachung an zentralen, kriminalitätsgeneigten Plätzen als Baustein einer ganzheitlichen Sicherheitsstrategie. Die Ausweitung der Videoüberwachung erfordert, dass datenschutzrechtliche Hürden auf Bundes- und Landesebene abgebaut werden. So müssen Fristen, innerhalb derer die mit Videotechnik aufgezeichneten Bilder gelöscht werden müssen, vereinheitlicht und auf mind. zwei Monate verlängert werden. Weiterhin darf bei einem Rückgang von Kriminalität die Videoüberwachung nicht abgebaut werden, sondern muss an diesen Plätzen zur dauerhaften Abschreckung bestehen bleiben.

Notwendig ist weiterhin, dass rechtliche Grundlagen für die Verhängung von Alkoholverbotzonen in allen Bundesländern nach dem bayerischen Vorbild geschaffen werden. So kann in Bayern ein Alkoholverbot bereits dann verhängt werden, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass aufgrund von übermäßigem Alkoholkonsum regelmäßig Straftaten und Ordnungswidrigkeiten begangen werden. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu jeder Tages- und Nachtzeit zu verbessern, braucht es einen Mix aus Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften, stationärer und mobiler Videoüberwachung und der Möglichkeit, in bestimmten Zonen Alkoholverbote auszusprechen zu können.

Neben diesen klassischen polizei- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen braucht es außerdem szenekundige Streetworker und gegebenenfalls auch „Nachtbür-

germeister“, die Entwicklungen erkennen und so auch frühzeitige Aktionen durch die Kommunen ermöglichen. Es gilt festzuhalten, dass gute Sozialarbeit die beste Prävention gegenüber Straftaten sein kann.

## Bodycams für Polizei und Ordnungsamt

Die Mitarbeiter von Polizei und Ordnungsämtern sind immer häufiger in Diskussionen und Auseinandersetzungen verwickelt. Handyvideos und private Mitschnitte vermitteln hier oft ein Zerrbild der eigentlichen Ereignisse. Daher ist es sinnvoll, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Ordnungsämtern mit sog. Bodycams auszustatten. Darüber hinaus liefern die Aufnahmen der Bodycams für die Aus- und Fortbildung wertvolle Erkenntnisse. Zur Aufklärung von Straftaten und zum Schutz der Beschäftigten sollten die Rechtsgrundlagen für einen flächendeckenden Einsatz von Bodycams geschaffen und die Finanzierung gesichert werden.

## Hasskriminalität gegenüber Kommunalpolitiker\*innen bekämpfen

Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Übergriffe gegenüber Kommunalpolitiker\*innen sowie Beschäftigten in Städten und Gemeinden haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Obwohl Bund und Länder vielfältige Ansätze unternommen haben, um diese Entwicklungen zu stoppen, sind die angestrebten Erfolge bisher nicht eingetreten. Dabei wurden wichtige Forderungen des DStGB



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Position

aufgegriffen: Die Verschärfung der Strafgesetze wurde durch das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität im Internet auf den Weg gebracht, Anlaufstellen für bedrohte Kommunalpolitiker\*innen in den Ländern geschaffen, Präventionsstrategien entwickelt und sogar der Bundespräsident hat sich mehrfach dieses Themas angenommen. Nach wie vor zeigt sich allerdings, dass insbesondere die Sozialen Medien als Echoraum für Bedrohungen, Beschuldigungen und Verschwörungstheorien massiv genutzt werden. Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Gesellschaft insgesamt dürfen nicht nachlassen, sich diesen Entwicklungen entgegen zu stemmen. Ein aktueller Lagebericht, Ursachen und Gegenstrategien sind im Positionspapier Hass, Bedrohungen & Gewalt gegen Mandatsträger abrufbar.

## **Extremismus und Radikalisierungen in der Gesellschaft bekämpfen – Präventionszentren aufbauen**

Extremismus, Radikalisierung und Antisemitismus in der Gesellschaft müssen frühzeitig und gezielt bekämpft werden. Dies gilt vor allem auch für Radikalisierungen und Hass im Netz und Sozialen Medien. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn alle Regierungsebenen – Bund, Länder und Kommunen – und Akteure vor Ort gemeinsam handeln und Verantwortung übernehmen. Sicherheitsbehörden müssen eng mit Entscheidungsträgern in der Kommune, Arbeitgebern, Schulen, Verbänden

und Vereinen vor Ort zusammenarbeiten. Der DStGB spricht sich vor diesem Hintergrund für den Aufbau von lokalen Präventionszentren gegen Radikalisierungen aus. Gemeinsames Ziel muss es sein, Radikalisierungsprozesse so frühzeitig wie möglich zu erkennen, zu analysieren und passgenaue Strategien auch für diejenigen zu entwickeln, die sich bereits in extremistischen oder terroristischen Szenen befinden. Solche Präventionszentren könnten gleichzeitig eine Plattform für die gesellschaftlichen Kräfte vor Ort sein, um den notwendigen Austausch über die Radikalisierung im persönlichen oder beruflichen Umfeld zu gewährleisten. Die Zentren sollten auf Landes- und Bundesebene, z. B. über bereits eingerichtete zentrale Stellen wie etwa das Kompetenznetzwerk Antisemitismus, vernetzt und der Informationsfluss zwischen den Behörden aller Ebenen ausgebaut und gesichert werden.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Präventionsarbeit im „Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität“ weiter fördern und bereits existierende Projekte und Maßnahmen weiter ausbauen will. Notwendig ist jedoch ein verbindlicher Organisationsrahmen, der die bestehenden Programme bündelt und die Aufgabe dauerhaft stabilisiert. Dort sollten die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine umfassende Präventionsstrategie verankert werden.

Konkret sollte jedenfalls der Umgang mit der Schweigepflicht von

bestimmten Verantwortungsträgern und Berufsgruppen – wie zum Beispiel Ärzten, Anwälten, Lehrern, Geistlichen, Amtspersonen – mit Blick auf die Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen neu geregelt werden. Wo von Amts wegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen Kenntnis darüber erlangen, dass von einer Person der konkrete Verdacht der Gefährdung Dritter ausgeht, muss die Schweigepflicht zurücktreten. Gleichzeitig kann es sinnvoll sein, zusätzliche Ermächtigungsgrundlagen für die Sicherheitsbehörden zu schaffen, sodass bei entsprechenden Verdachtsmomenten notwendige Kontrollen zulässig sind. Überwachung und Kontrolle von Internetaktivitäten dürfen nicht am Datenschutz scheitern.

Die beste Präventionspolitik im Bereich des Extremismus ist aus kommunaler Sicht schließlich eine umfassende Unterstützung von Initiativen zur Demokratieförderung vor Ort. Eine besondere Rolle spielt dabei die Stärkung der politischen Bildung in den Schulen, der Jugendarbeit oder in Demokratiewerkstätten vor Ort. Wichtig ist, dass auf die Entwicklungen in sozialen Netzwerken und im Internet auch online-basierte, interaktive Präventionsangebote, wie z. B. Online-Schulungen, Beratungsangebote oder Online-Sozialarbeit etabliert werden.

## **Cyberkriminalität bekämpfen**

Sicherheit muss nicht mehr nur im physischen und analogen Raum gewährleistet werden, sondern auch im digitalen Raum. Mit der voranschreitenden digitalen Trans-



**DSTGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Position

formation von Gesellschaft und Verwaltung werden Angriffe aus dem digitalen Raum auch immer gefährlicher. Daher braucht es eine Cybersicherheitsstrategie, die die Bedürfnisse von Kommunen, kommunalen Unternehmen und kommunalen IT-Dienstleistern berücksichtigt und diese dabei unterstützt, die notwendige Resilienz gegen Angriffe aufrechtzuerhalten.

## **Wohnungseinbrüche wirksam bekämpfen**

Auch wenn die Zahl der Wohnungseinbrüche in Deutschland weit unter dem Höchststand ist, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Ein Wohnungseinbruch wiegt für die Betroffenen doppelt schwer, da das Sicherheitsgefühl innerhalb der eigenen Privatsphäre deutlich erschüttert wird. Die Aufklärungsquote liegt hier weit unter dem Durchschnitt aller Straftaten.

Wohnungseinbrüche müssen wirksamer bekämpft werden. In besonders von Einbrüchen betroffenen Gebieten müssen die die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und eine ausreichende Zahl von Ermittlern eingesetzt werden. Auch Wohnungseigentümer und Mieter müssen wachsamer werden und Vorkehrungen treffen, um sich vor Einbrüchen wirksamer zu schützen. Daher sollten Bund und Länder die Förderprogramme für alle Eigentümer, sowohl im Bestand als auch im Neubau öffnen und aufstocken.

## **Zusammenarbeit verbessern**

Die Organisierte Kriminalität macht nicht vor Grenzen halt. Daher ist es erforderlich, dass die Sicherheitsbehörden der Länder zur Bekämpfung von Banden- und Cyberkriminalität stärker kooperieren und die rechtlichen Grundlagen im Bereich der Telekommunikationsüberwachung sowie die Verkehrsdatenüberwachung verbessert werden. Dies gilt auch für die europäische Ebene.

*Berlin, 12. November 2020*